

# Pflichtenliste GwG (Checkliste)

## für Rechtsanwälte gem. § 2 Abs. 1 Nr. 10 Geldwäschegesetz (GwG)\*

### Erläuterung zur Verwendung dieser Prüfliste (Checkliste)

Das GwG verpflichtet bestimmte Unternehmen, Berufsangehörige oder Gewerbetreibende zur aktiven Mitwirkung bei der Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (nachfolgend: „GW/TF“). Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände sind (anders, als andere Berufsangehörige, z.B. Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer) nicht per se „Verpflichtete“ im Sinne des GwG, sondern nur, soweit sie in Ausübung ihres Berufs

- a) für ihren Mandanten an der Planung oder Durchführung von folgenden Geschäften mitwirken:
  - aa) Kauf und Verkauf von Immobilien oder Gewerbebetrieben,
  - bb) Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder sonstigen Vermögenswerten,
  - cc) Eröffnung oder Verwaltung von Bank-, Spar- oder Wertpapierkonten,
  - dd) Beschaffung der zur Gründung, zum Betrieb oder zur Verwaltung von Gesellschaften erforderlichen Mittel,
  - ee) Gründung, Betrieb oder Verwaltung von *Treuhandgesellschaften*, Gesellschaften oder ähnlichen Strukturen oder
- b) im Namen und auf Rechnung des Mandanten Finanz- oder Immobilientransaktionen durchführen,

Dementsprechend müssen Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände, soweit sie an einem der vorgenannten Kataloggeschäfte mitwirken oder eine Transaktion durchführen, zum einen über ein allgemeines Risikomanagement in ihrer Kanzleiorganisation verfügen und zum anderen in den entsprechenden Mandaten konkreten einzelfallbezogenen Mandatspflichten nachkommen. Daneben bestehen weitere Sonderpflichten bei Auskunftersuchen bestimmter Behörden oder im Falle bestimmter Anordnungen.

Diese Checkliste stellt alle für den Rechtsanwalt im Rahmen vorerwählter Mitwirkungen und Transaktionsdurchführungen in Betracht kommenden Pflichten nach dem GwG in Tabellenform, gegliedert in allgemeines Risikomanagement („R“), einzelfallbezogene Mandatspflichten („M“) und Sonderpflichten („S“) zusammen. Besonders wichtige Hinweise sind in der Tabelle durch ein Dreieckssymbol („►“) gekennzeichnet.

Die Pflichtenliste soll Ihnen einen dezidierten und zugleich komprimierten Einblick über die für Sie maßgeblichen Regelungen im GwG geben. Weitergehende Informationen und Erläuterungen zu den einzelnen Pflichten finden sich in den Auslegungs- und Anwendungshinweisen (in der Tabelle: „AAH“), die der Kammervorstand gem. § 51 Abs. 8 GwG erlassen hat und die Sie auf unserer Internetpräsenz abrufen können. Die jeweilige Fundstelle ist in der Tabelle ebenso angegeben, wie die GwG-Norm, die die entsprechende Regelung enthält (in der Tabelle: „Vorschrift“) sowie, wenn ein Verstoß bußgeldbewehrt ist, die diesbezügliche Norm im GwG (in der Tabelle: „OWi“).

Sie können diese Pflichtenliste in Teil „R“ dazu verwenden, um das allgemeine Risikomanagement in Ihrer Kanzlei aufzubauen und es in regelmäßigen Abständen auf tatsächliche Umsetzung und Vollständigkeit hin zu überprüfen. Den Teil „M“ betreffend die einzelfallbezogenen Mandatspflichten können Sie bei einschlägigen Mandaten zur Hand nehmen, um so sicherzustellen, dass Sie alle maßgeblichen Pflichten erfüllen. Diese Checkliste ersetzt aber nicht die eingehende Befassung mit der Materie, sondern dient vor allem als Merk- und Erinnerungsposten. Bitte befassen Sie sich daher mit den anwaltsspezifischen Risiken, für Zwecke der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung missbraucht zu werden.

\*) Alle §§-Angaben ohne ausdrückliche Angabe eines Gesetzes sind solche des GwG.

**R Risikomanagement**

1	Name, Vorname	
2	Kanzlei	
3	Anschrift	
4	Ort	5 Datum

OrdZ <sup>1</sup>	Gegenstand	AAH <sup>2</sup>	Vorschrift	OWi	Erlедigt/ Bemerkung
1000	<b>Risikoanalyse</b>	IV.1.	§ 5		
1010	Ermittlung der GW/TF-Risiken die für die vom Rechtsanwalt betreuten Mandate bestehen unter Berücksichtigung insbesondere der Anlagen 1 und 2 zum GwG sowie auf Grundlage nationaler Risikoanalyse zur Verfügung stehender Informationen	IV.1.a)	§ 5 I 1	§ 56 I Nr. 2	
1011	Ermittlung bezüglich des Mandantenrisikos, z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ außergewöhnliche Umstände der Mandatsbeziehung</li> <li>▪ Vehikel zur Vermögensverwaltung</li> <li>▪ Unternehmen mit nominellen Anteilseignern oder als Inhaberpapiere emittierten Aktien</li> <li>▪ bargeldintensive Unternehmen</li> <li>▪ ungewöhnlich oder übermäßig komplizierte Eigentumsstruktur des Unternehmens</li> <li>▪ Persönlicher Mandantenkontakt?</li> <li>▪ Mandanten besonderer Risikogruppe zugehörig?</li> </ul>	IV.1.	§ 5 I 1, Anlage 1 und 2 zum GwG	§ 56 I Nr. 2	
1012	Ermittlung bezüglich des Dienstleistungs-, Transaktions- oder Vertriebskanalrisikos z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Betreuung vermögenger Privatkunden</li> <li>▪ Produkte und Transaktionen, die Anonymität begründen können, wie Treuhandschaften</li> <li>▪ Mandatsbeziehungen oder Transaktionen ohne persönliche Kontakte</li> <li>▪ Eingang von Zahlungen unbekannter oder nicht verbundener Dritter</li> <li>▪ neue Produkte und neue Geschäftsmodelle, einschl. neuer Vertriebsmechanismen</li> </ul>	IV.1.	§ 5 I 1, Anlage 1 und 2 zum GwG	§ 56 I Nr. 2	
1013	Ermittlung bezüglich des geografischen Risikos z.B. Auslandsbezug zu Drittstaaten, <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ deren Finanzsysteme nicht über hinreichende Systeme zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von GW/TF verfügen</li> <li>▪ in denen Korruption oder andere kriminelle Tätigkeiten signifikant stark ausgeprägt sind</li> <li>▪ gegen die Embargos oder ähnliche Maßnahmen verhängt wurden</li> <li>▪ die terroristische Aktivitäten finanziell oder anderweitig unterstützen oder in denen bekannte terroristische Organisationen aktiv sind</li> </ul>	IV.1.	§ 5 I 1, Anlage 1 und 2 zum GwG	§ 56 I Nr. 2	
1020	Bewertung der identifizierten GW/TF-Risiken <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ höheres Risiko</li> <li>▪ mittleres Risiko</li> <li>▪ geringeres Risiko</li> </ul>	IV.1.	Anlage 1 und 2 zum GwG	§ 56 I Nr. 2	
1030	Dokumentation der Risikoanalyse	IV.1. IV.1.b)	§ 5 II Nr. 1	§ 56 I Nr. 3	
1040	Regelmäßige Überprüfung und ggf. Aktualisierung	IV.1.	§ 5 II Nr. 2		
1050	Benennung eines Verantwortlichen für das Risikomanagement und für die Einhaltung geldwäscherechtlicher Bestimmungen auf Leitungsebene		§ 4 III	§ 56 I Nr. 1	
1060	Genehmigung der Risikoanalyse durch Verantwortlichen auf Leitungsebene		§ 4 III 2		

<sup>1</sup> Ordnungsziffer für interne Zwecke und zum Abgleich mit anderen Listen

<sup>2</sup> Auslegungs- und Anwendungshinweise der Rechtsanwaltskammer München in der jeweils aktuell gültigen Fassung

2000	<b>Interne Sicherungsmaßnahmen</b>	IV.2.	§ 6 I, II			
2020	(2010) Bei angestellten Rechtsanwältinnen obliegen dem Unternehmen (§ 6 Abs. 3 GwG)	Schaffen angemessener geschäfts- und kundenbezogener interner Sicherungsmaßnahmen, um GW/TF-Risiken in Form von Grundsätzen, Verfahren und Kontrollen zu steuern und zu mindern, insbesondere (Nrn. 2020 bis 2070):	IV.2.a)	§ 6 I	§ 56 I Nr. 4	
2030		Ausarbeitung interner Grundsätze, Verfahren und Kontrollen bezüglich	IV.2.b) aa)	§ 6 II Nr. 1	§ 56 I Nr. 4	
2031						▪ Umgang mit GW/TF-Risiken
2032						▪ Kundensorgfaltspflichten nach den §§ 10 bis 17
2033						▪ Erfüllung der Meldepflicht nach § 43 I
2034						▪ Aufzeichnung von Informationen und
2035 2036						▪ Aufbewahrung von Dokumenten nach § 8 ▪ Einhaltung sonstiger geldwäscherechtlicher Vorschriften
2040		Schaffung und Fortentwicklung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung	IV.2.b) cc)	§ 6 II Nr. 4	§ 56 I Nr. 4	
2041		▪ Missbrauchs neuer Produkte und Technologien zur Begehung von GW/TF				
2042						▪ Begünstigung der Anonymität von Geschäftsbeziehungen oder von Transaktionen
2050	Überprüfung der Mitarbeiter auf Zuverlässigkeit	IV.2.b) dd)	§ 6 II Nr. 5	§ 56 I Nr. 4		
2060	erstmalige und laufende Unterrichtung der Mitarbeiter bzgl. Typologien und aktuelle Methoden der GW/TF sowie einschlägiger Vorschriften und Pflichten	IV.2.b) ee)	§ 6 II Nr. 6	§ 56 I Nr. 4		
2061						
2062						
2070	Überprüfung zuvor genannter Grundsätze und Verfahren durch unabhängige Prüfung, soweit Überprüfung angesichts Art und Umfang der Geschäftstätigkeit angemessen ist	IV.2.b) ff)	§ 6 II Nr. 7	§ 56 I Nr. 4		
2080	Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Sicherungsmaßnahmen und Aktualisierung bei Bedarf		§ 6 I 3	§ 56 I Nr. 4		
2081						
2082						
2090	Soweit mehr als 30 Berufsangehörige oder Berufsträger sozietätsfähiger Berufe: ▪ Bestellung Geldwäschebeauftragter und Stellvertreter (► Rechte/Pflichten s. § 7 V bis VII) ▪ Vorab Anzeige von Bestellung oder Entpflichtung bei der Aufsichtsbehörde	IV.2.b) bb)	§ 6 II Nr. 2, Verfg. der RAK Mchn. v. 19.12.2017 iVm § 7 III 1, § 7 IV 1	§ 56 I Nr. 8 (Bestellung)		
2091						
2092						
2093						
2100	Einrichtung eines kanzeleiinternen Hinweisgebersystems	IV.2.b) gg)	§ 6 V			
2110	Treffen von Vorkehrungen, um auf Anfrage der FIU oder anderer zuständiger Behörden Auskunft darüber zu geben, ob sie während eines Zeitraums von fünf Jahren vor der Anfrage mit bestimmten Personen eine Geschäftsbeziehung unterhalten haben und welcher Art diese Geschäftsbeziehung war	IV.2.b) hh)	§ 6 VI			
2109					► Anwaltsprivileg: Keine Auskunftspflicht, wenn sich Anfrage auf Informationen bezieht, die der Anwalt im Rahmen eines der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnisses erhalten hat (Drittgeheimnisse unterliegen grds. nicht der Schweigepflicht). Die Meldepflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Anwalt weiß, dass der Mandant das Mandatsverhältnis für GW/TF-Zwecke genutzt hat oder nutzt.	
2110	Vorherige Anzeige bei Aufsichtsbehörde, falls Durchführung interner Sicherungsmaßnahmen Dritten übertragen wird	IV.2.c))	§ 6 VII			
2120	Genehmigung der internen Sicherungsmaßnahmen durch Verantwortlichen auf Leitungsebene		§ 4 III 2			

**M Mandatspflichten**

1	Rechtsanwältin/ Rechtsanwalt			
2	Mandats- bezeichnung			
3	Anschrift			
4	Datum		5 Aktenzeichen	

OrdZ	Gegenstand	AAH	Vorschrift	OWi	Erledigt/ Bemerkung
3000	<b>Allgemeine Sorgfaltspflichten</b>	III.	§ 10		
3010	Identifizierung des Mandanten	III.1.c) aa)	§§ 10 I Nr. 1, 11, 12, 13	§ 56 I Nr. 16 (Vornahme) § 56 I Nr. 30 (Erhebung)	
3011	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ natürliche Personen: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Feststellung und Erhebung von <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorname und Nachname</li> <li>- Geburtsort und Geburtsdatum</li> <li>- Staatsangehörigkeit</li> <li>- Wohnanschrift</li> </ul> </li> <li>○ Überprüfung anhand gültigem, vor Ort vorgelegtem Personalausweis oder Reisepass (► weitere zugelassene Identifizierungsmöglichkeiten: s. § 12 I)</li> </ul> </li> </ul>				
3012	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Überprüfung anhand gültigem, vor Ort vorgelegtem Personalausweis oder Reisepass (► weitere zugelassene Identifizierungsmöglichkeiten: s. § 12 I)</li> </ul>				
3013	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ juristische Personen und Personengesellschaften <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Feststellung und Erhebung von <ul style="list-style-type: none"> <li>- Firma, Name oder Bezeichnung</li> <li>- Rechtsform</li> <li>- Registernummer, falls vorhanden</li> <li>- Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung</li> <li>- die Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder die Namen der gesetzlichen Vertreter und, sofern ein Mitglied des Vertretungsorgans oder der gesetzliche Vertreter eine juristische Person ist, von dieser juristischen Person vorstehende Daten</li> </ul> </li> <li>○ Überprüfung anhand Registerauszug bzw. dokumentierter Einsichtnahme), anhand Gründungsdokumenten oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente</li> </ul> </li> </ul>				
3014	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Überprüfung anhand Registerauszug bzw. dokumentierter Einsichtnahme), anhand Gründungsdokumenten oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente</li> </ul>				
3016	►Kein Verzicht auf Identifizierung, weil Mandant persönlich bekannt. Lediglich bei bereits früher durchgeführter Identifizierung kann von neuerlicher Identifizierung abgesehen werden.				
3017	►Bei Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten (§ 14) kann Überprüfung auf Grundlage sonstiger Dokumente, Daten oder Informationen i.S.v. § 14 II erfolgen.				
3018	►Identifizierung kann nach Maßgabe von § 17 Dritten (z.B. Rechtsanwälten, soweit sie Verpflichtete sind, ggf. Identverfahren der Zustelldienste) übertragen werden.				

3020 3021	Identifizierung einer für den Mandanten auftretenden Person (Angestellte, Mitarbeiter, Bote, Bevollmächtigter)  wie Mandant selbst (s. oben Nr. 3010 ff)	III.1.c) bb)	§§ 10 I Nr. 1, 11, 12, 13	§ 56 I Nr. 16 (Vornahme) § 56 I Nr. 30 (Erhebung)	
3022	Prüfung, ob die für den Mandanten auftretende Person berechtigt ist, den Mandanten zu vertreten	III.1.c) bb)	§ 10 I Nr. 1		

3030	<p>Abklärung, ob der Mandant für einen wirtschaftlich Berechtigten handelt</p> <p>► Wirtschaftlich Berechtigter ist die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Vertragspartner letztlich steht, oder die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung begründet wird (Einzelheiten: § 3).</p>	III.1.c) cc)	§ 10 I Nr. 2 § 3	§ 56 I Nr. 17		
3032		<p>Identifizierung eines wirtschaftlich Berechtigten durch Feststellung und Erhebung von</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Vorname und Nachname</li> <li>▪ falls in Ansehung des GW/TF-Risikos angemessen: darüber hinaus <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Geburtsort und Geburtsdatum</li> <li>○ Staatsangehörigkeit</li> <li>○ Wohnanschrift</li> </ul> </li> <li>▪ Ermittlung der Eigentums- und Kontrollstruktur des Mandanten mit angemessenen Mitteln, falls Mandant keine natürliche Person ist</li> <li>▪ Vergewisserung durch risikoangemessene Maßnahmen, dass zur Identifizierung erhobene Angaben zutreffend sind</li> </ul> <p>► Rechtsanwälte als Verpflichtete können Einsicht in das Transparenzregister nehmen und hieraus Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten prüfen (§ 23 I Nr. 2); der Verpflichtete darf sich jedoch nicht ausschließlich auf die Angaben im Transparenzregister verlassen (§ 11 V 3).</p>	III.1.c) cc) III.1.c) bb) (iii)	§§ 10 I Nr. 2, 11 V	§ 56 I Nr. 18 (Vornahme) § 56 I Nr. 31 (Erhebung d. Namens)	
3033						
3034						
3035						
3038						
3040			<p>Einholung und Bewertung von Informationen über Zweck und angestrebte Art des Mandats, falls sich Informationen nicht bereits zweifelsfrei aus dem Mandat ergeben</p>	III.1.d)	§ 10 I Nr. 3	§ 56 I Nr. 19
3041						
3042						
3050	<p>Feststellung mit angemessenem, risikoorientiertem Verfahren (z.B. Selbstauskunft, Internetrecherche, Datenbanken), ob Mandant oder wirtschaftlich Berechtigter ‚politisch exponierte Person‘ (PEP) ist bzw. Familienmitglied oder ihr bekanntermaßen nahestehende Person.</p> <p>► PEP ist jede Person, die ein hochrangiges wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat (vgl. § 1 Abs. 12, auch mit konkreter „insbesondere“-Aufzählung).</p> <p>► Falls Mandant oder wirtschaftlich Berechtigter PEP bzw. Familienmitglied oder ihr bekanntermaßen nahestehende Person führt das zur Anwendung verstärkter Sorgfaltspflichten (§ 15 III Nr. 1 a; vgl. Ziff. 3.10)</p>	III.1.e)	§ 10 I Nr. 4	§ 56 I Nr. 20		
3057						
3058						
3060	<p>Kontinuierliche Überwachung der Mandatsbeziehung einschließlich Transaktionen zur Sicherstellung, dass diese Transaktionen übereinstimmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ mit den beim Rechtsanwalt vorhandenen Dokumenten und Informationen über den Mandanten und gegebenenfalls über den wirtschaftlich Berechtigten, über deren Geschäftstätigkeit und Mandantenprofil und</li> <li>▪ soweit erforderlich, mit den beim Rechtsanwalt vorhandenen Informationen über die Herkunft der Vermögenswerte</li> </ul>	III.1.f)	§ 10 I Nr. 5	§ 56 I Nr. 21		
3061						
3062						

3080	Zeitpunkt der Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltpflichten	III.1.a)	§ 10 III (für Identifizierung: § 11 I)	§ 56 I Nr. 27 (für Identifizierung)					
3081	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Identifizierung vor Begründung der Mandatsbeziehung bzw. vor Durchführung der Transaktion; Abschluss während Begründung der Mandatsbeziehung statthaft, falls geringes GF/TF-Risiko und erforderlich, um normalen Geschäftsablauf nicht zu unterbrechen</li> </ul> Im Übrigen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ bei Begründung einer Mandatsbeziehung</li> <li>▪ außerhalb einer Mandatsbeziehung bei Geldtransfers ab EUR 1.000 und bei sonstigen Transaktionen ab EUR 15.000</li> <li>▪ nach Maßgabe von § 10 III Nr. 3 bei Vorliegen von Tatsachen, die auf GF/TF hindeuten</li> <li>▪ bei Zweifeln, ob die zur Identität des Mandanten, zu für ihn auftretender Personen oder des wirtschaftlich Berechtigten zutreffend sind</li> </ul>								
3082									
3083									
3084									
3085									
3086									
3090	Bei Absehen von der Identifizierung bei vormals durchgeführter Identifizierung: Wenn äußere Umstände Zweifel begründen, ob früher erhobene Angaben weiterhin zutreffen, erneute Identifizierung	III.1.c) dd)	§ 11 III 2	§ 56 I Nr. 29					
3100	Mandatsbeziehung darf nicht begründet oder fortgesetzt werden bzw. muss durch Kündigung oder in anderer Weise beendet werden, wenn Rechtsanwalt die Pflichten nach Nrn. 3010 bis 3050 nicht erfüllen kann <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Anwaltsprivileg: Mandat darf begründet und fortgesetzt und muss nicht gekündigt oder sonst beendet werden, wenn Mandant Rechtsberatung oder Prozessvertretung erstrebt, es sei denn der Rechtsanwalt weiß, dass der Mandant Rechtsberatung bewusst für GW/TF-Zwecke in Anspruch nimmt; Pflichten nach Nrn. 3010 bis 3050 bleiben jedoch unberührt.</li> </ul>	III.1.g)	§ 10 IX	§ 56 I Nr. 26					
3108									
3109									
3110	Bei Anwendung vereinfachter Sorgfaltpflichten (§ 14) <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vergewisserung, dass Mandat tatsächlich mit einem geringeren GF/TF-Risiko verbunden ist</li> <li>▪ Sicherstellung der Überprüfung von Transaktionen und Überwachung von Mandatsbeziehung in Umfang, der es ermöglicht, ungewöhnliche oder verdächtige Transaktionen zu erkennen und zu melden</li> <li>▶ Bei vereinfachten Sorgfaltpflichten Reduzierung hinsichtlich Umfangs der allgemeinen Sorgfaltpflichten, insbes. bzgl. Überprüfung der Identität (vgl. § 14)</li> </ul>	III.2.	§ 14 I, §§ 14 I 3 iVm 10 II 4, § 14 II 2	§ 56 I Nr. 32 (Sicherstellung und Überwachung)					
3111									
3112									
3120	Bei höherem GF/TF-Risiko zusätzlich Anwendung verstärkter Sorgfaltpflichten (§ 15) <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bestimmung des konkreten Umfangs zu ergreifender Maßnahmen entsprechend dem höheren TF/GW-Risiko</li> <li>▪ Begründung oder Fortführung des Mandats bedarf Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene</li> <li>▪ angemessene Maßnahmen zur Bestimmung der Herkunft der Vermögenswerte, die im Rahmen des Mandats oder der Transaktion eingesetzt werden</li> <li>▪ verstärkte kontinuierliche Überwachung des Mandats</li> <li>▪ bei besonders komplexen, großen, ungewöhnlich ablaufenden oder ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgende Transaktionen: Untersuchung der Transaktion, um das GW/TF-Risiko überwachen und einschätzen zu und ggf. prüfen zu können, ob Meldepflicht nach § 43 I vorliegt</li> <li>▶ Verstärkte Sorgfaltpflichten insbesondere, falls                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mandat oder wirtschaftlich Berechtigter PEP (vgl. Nr. 3057) bzw. deren Familienmitglied oder bekanntermaßen ihr nahestehende Person</li> <li>- nach Maßgabe von § 15 I Nr. 1 b) nat. oder jur. Person in Drittstaat mit hohem Risiko</li> <li>- besonders komplexe, große, ungewöhnlich ablaufende oder in nicht offensichtlich wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zwecken erfolgende Transaktionen</li> </ul> </li> </ul>	III.3.	§ 15 I, II, IV,	§ 56 I Nr. 33, § 56 I Nr. 34 (Zustimmung), § 56 I Nr. 35 (Maßnahmen zur Herkunftsbestimmung), § 56 I Nr. 36 bzw. Nr. 38 (Überwachg.) § 56 I Nr. 37 (Untersuchg.)					
3121									
3122									
3123									
3124									
3125									
3127									
3128									
3129									

3130 3131  3132  3133  3134 3135  3136 3138	<p>Bei Auslagerung der Sorgfaltspflichten auf Dritte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Auslagerung nur auf einen zulässigen Dritten (insbes. andere Verpflichtete, z.B. Rechtsanwälte, soweit sie Verpflichtete sind) nach Maßgabe von § 17 I, II bzw. (eingeschränkt auf Pflichten nach § 10 I Nrn. 1 bis 4) auf Dritten nach § 17 V</li> <li>▪ Sicherstellung, dass Dritter Informationen einholt, die für Durchführung der Sorgfaltspflichten nach § 10 I Nrn. 1 bis 3 notwendig sind und diese Informationen dem Rechtsanwalt unverzüglich und unmittelbar übermittelbar übermittelbar werden</li> <li>▪ Angemessene Schritte um zu gewährleisten, dass Dritter auf Anforderung unverzüglich Dokumentenkopien zur Identitätsprüfung des Mandanten sowie andere maßgebliche Unterlagen vorlegt</li> <li>▪ bei Auslagerung auf andere, als die in § 17 I genannten Dritten: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Überzeugung von Zuverlässigkeit des Dritten vor Übertragung sowie durch Stichproben</li> <li>○ Überzeugung von Angemessenheit und Ordnungsmäßigkeit der Maßnahmen des Dritten</li> <li>○ vertragliche Vereinbarung</li> </ul> </li> </ul> <p>► Verpflichtungen gelten als erfüllt, wenn Dritter ebenfalls Verpflichteter derselben Gruppe im Inland ist (Rechtsanwalt, Kammerrechtsbeistand, Patentanwalt, Notar) bzw. im Ausland nach Maßgabe von § 17 IV</p>	III.1.h)	§ 17	§ 56 I Nr. 51 (Dritter in Drittstaat mit hohem Risiko)	
4000	<b>Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten</b>	VI.	§ 8		
4010 4011 4012 4013 4014 4015	<p>Aufzeichnen und Aufbewahren erhobener Angaben und eingeholter Informationen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ über Mandant</li> <li>▪ über für Mandanten auftretende Personen</li> <li>▪ über wirtschaftlich Berechtigten</li> <li>▪ über Mandatsbeziehungen und Transaktionen</li> <li>▪ über getroffene Maßnahmen zur Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten bei jur. Personen</li> </ul>	VI.	§ 8 I Nr. 1, § 8 I 2	§ 56 I Nr. 9	
4020	Fertigung vollständiger Kopien oder digitale Erfassung von Ausweisdokumenten natürlicher Personen bzw. Registerunterlagen oder anderen Dokumenten i.S.v. § 12 II, III GWG	VI.	§ 8 II 1-3	§ 56 I Nr. 9	
4030	Bei Absehen von erneuter Identifizierung (§ 11 III 1): Aufzeichnung des Namens des zu Identifizierenden sowie des Umstands, dass er bereits früher identifiziert wurde	VI.	§ 8 II 4	§ 56 I Nr. 9	
4040	Aufzeichnen und Aufbewahren hinreichender Informationen über Durchführung und Ergebnisse der Risikobewertung betreffend (allgemeine, vereinfachte bzw. verstärkte) Sorgfaltspflichten nach §§ 10 II, 14 I und 15 II und Angemessenheit ergriffener Maßnahmen	VI.	§ 8 I Nr. 2	§ 56 I Nr. 9	
4050	Aufzeichnen und Aufbewahren der Untersuchungsergebnisse nach § 15 V Nr. 1 (verstärkte Sorgfaltspflichten bei komplexen, großen, ungewöhnlichen, ohne offensichtlich wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgende Transaktionen)	VI.	§ 8 I Nr. 3	§ 56 I Nr. 9	
4060 4061 4062	Aufzeichnen und Aufbewahren von Erwägungsgründen und Begründung des Bewertungsergebnisses bei Sachverhalten hinsichtlich der Meldepflicht nach § 43 I	VI.	§ 8 I Nr. 4	§ 56 I Nr. 9	
4070	Aufbewahrung der Aufzeichnungen und sonstigen Belege für die Dauer von fünf Jahren (Fristbeginn: Ende des Kalenderjahres)	VI.	§ 8 IV	§ 56 I Nr. 10	
4080	Unverzügliche Vernichtung der aufbewahrten Aufzeichnungen und sonstigen Belege nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen	VI.	§ 8 IV		



5000	<b>Meldepflichten und Pflichten in diesem Zusammenhang</b>		§ 43		
5010	Soweit nicht das Anwaltsprivileg (►s.u.) greift, unverzügliche Meldepflicht bei Vorliegen von Tatsachen, die darauf hindeuten, dass	V.1., III.1.c) cc) (Offenlegung wirtschaftlich Berechtigter), V.2.	§ 43 I, II, § 45	§ 56 I Nr. 59	
5011	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ein Vermögensgegenstand, der mit einer Mandatsbeziehung oder einer Transaktion im Zusammenhang steht, aus einer strafbaren Handlung stammt, die eine Vortat der Geldwäsche darstellen könnte,</li> </ul>				
5012	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ein Geschäftsvorfall, eine Transaktion oder ein Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung steht oder</li> </ul>				
5013					
5017	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ der Mandant seine Pflicht nach § 11 VI 3 offenzulegen, ob er die Mandatsbeziehung oder die Transaktion für einen wirtschaftlich Berechtigten begründen, fortsetzen oder durchführen will, nicht erfüllt hat</li> </ul>				
5018	►Anwaltsprivileg: Keine Meldepflicht, wenn sich der meldepflichtige Sachverhalt auf Informationen bezieht, die der Anwalt im Rahmen eines der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnisses erhalten hat (Drittgeheimnisse unterliegen grundsätzlich nicht der Schweigepflicht). Die Meldepflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Anwalt weiß, dass der Mandant das Mandatsverhältnis für GW/TF-Zwecke oder einer anderen Straftat genutzt hat oder nutzt.				
5019	►Die Meldung muss elektronisch über das Portal goAML ( <a href="https://goaml.fiu.bund.de">https://goaml.fiu.bund.de</a> ) erfolgen (vorab Registrierung erforderlich!).				
5020	Aussetzung der Durchführung von Transaktionen, wegen der eine Meldung erfolgt ist nach Maßgabe von § 46 I		§ 46		
5030	Verbot der Weitergabe der Information betreffend		§ 47	§ 56 I Nr. 60	
5031	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ beabsichtigte oder erstattete Verdachtsmeldung,</li> </ul>				
5032	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ aufgrund Verdachtsmeldung eingeleitetem Ermittlungsverfahren</li> </ul>				
5033	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Auskunftsverlangen der FIU nach § 30 III</li> </ul>				
5038	►Das Bemühen des Rechtsanwalts, einen Mandanten davon abzuhalten, eine rechtswidrige Handlung zu begehen, gilt gem. § 47 IV nicht als Informationsweitergabe.				

**S** Sonderpflichten

OrdZ	Gegenstand	AAH	Vorschrift	OWi	Erledigt/ Bemerkung
6000	<b>Auskunftspflichten</b>				
6010	Auskunftserteilung gegenüber der FIU auf deren Auskunftsverlangen		§ 30 III	§ 56 I Nr. 57	
6018	►Anwaltsprivileg: Auskunftsverweigerungsrecht, soweit sich Verlangen auf im Rahmen von Rechtsberatung oder Prozessvertretung erlangten Informationen bezieht; Auskunftspflicht bleibt dagegen bestehen, wenn Rechtsanwalt weiß, dass der Mandant Rechtsberatung für GW/TF-Zwecke in Anspruch genommen hat oder nimmt.				
6019					
6020	Auskunftserteilung über alle Geschäftsangelegenheiten und Transaktionen sowie Vorlage von Unterlagen auf Verlangen der Rechtsanwaltskammer, soweit für die Einhaltung der Anforderungen nach dem GwG von Bedeutung		§ 52 I	§ 56 I Nr. 63 (Auskünfte)	
6027	►Auskunftsverweigerungsrecht, soweit Beantwortung Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit mit sich bringt.				
6028	►Anwaltsprivileg: Auskunftsverweigerungsrecht, soweit sich Verlangen auf im Rahmen von Rechtsberatung oder Prozessvertretung erlangten Informationen bezieht; Auskunftspflicht bleibt dagegen bestehen, wenn Rechtsanwalt weiß, dass der Mandant Rechtsberatung für GW/TF-Zwecke in Anspruch genommen hat oder nimmt.				
6029	►Auskunftsverweigerungsrecht lässt Pflicht zur Vorlage von Unterlagen unberührt.				
6030	Darlegung auf Verlangen der Rechtsanwaltskammer, dass Umfang der im Rahmen allgemeiner, vereinfachter oder verstärkter Sorgfaltspflichten getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf GW/TF-Risiken angemessen ist		§ 10 II 4 (ggf. iVm § 14 I 2 bzw. 15 II 3)	§ 56 I Nr. 23	
7000	<b>Anordnungsbezogene Pflichten</b>				
7010	Zur Verfügungstellung der Risikoanalyse auf Verlangen der Aufsichtsbehörde	IV.1.	§ 5 II Nr. 3		
7020	Duldung des Betretens und der Besichtigung der Kanzleiräume zu üblichen Geschäftszeiten durch die Rechtsanwaltskammer bei Vor-Ort-Prüfungen zur Einhaltung der im GwG festgelegten Anforderungen		§ 52 III iVm II	§ 56 I Nr. 64	
7021					
7022					
7030	Risikoangemessene Anwendung von Vorschriften betreffend interne Sicherungsmaßnahmen auf Anordnung der Aufsichtsbehörde gegenüber einzelnen Rechtsanwälten oder Gruppen von Rechtsanwälten wegen der Art der betriebenen Geschäfte und wegen der Größe des Kanzleibetriebs		§ 6 I IX	§ 56 I Nr. 6	
7040	Befolgung vorübergehender Untersagung der Berufstätigkeit durch die Rechtsanwaltskammer bei vorsätzlich oder fahrlässig nachhaltigem Verstoß gegen das GwG oder Anordnungen der Aufsichtsbehörde und dessen Fortsetzung trotz Verwarnung		§ 51 V	§ 56 I Nr. 61	